



Zeitschriftenschau

Sicherheitspolitische Literatur

In der „Zeitschriftenschau“ des Büros für Sicherheitspolitik des Bundesministeriums für Landesverteidigung wird regelmäßig über ausgewählte aktuelle sicherheitspolitische Literatur berichtet. Dieses einundzwanzigste Heft der „Zeitschriftenschau“ ist zugleich die Nummer 21 der vom Büro für Sicherheitspolitik herausgegebenen Schriftenreihe „Sicherheitspolitische Literatur“.
Bernhard M. F. Beitelmaier ist Praktikant am Büro für Sicherheitspolitik.

Impressum

Herausgeber, für den Inhalt verantwortlich und Redaktion:
Mag. Walter Matyas

Korrektur: Doris Washiedl, Melitta Strouhal

Gestaltung: Doris Washiedl

Eigentümer, Verleger und Hersteller:

Büro für Sicherheitspolitik des
Bundesministeriums für Landesverteidigung

Amtsgebäude Stiftgasse 2a, 1070 Wien

Tel. (+43-1) 5200/27000, Fax (+43-1) 5200/17068

Druck und Endfertigung: ReproZ Wien 142/06

Aktuelle Informationen zu Publikationen des Büros für Sicherheitspolitik und
der Landesverteidigungsakademie finden Sie im Internet:

<<http://www.bundesheer.at/wissen-forschung/publikationen>>

Inhaltsverzeichnis

JOSEF BRAML: Atlantische Auswirkungen amerikanischer Heimatschutzpolitik <i>Thomas Pankratz</i>	5
GUIDO STEINBERG: Terror – Europas internes Problem <i>Bernhard Richter</i>	6
CHRISTOPH SCHWEGMANN: Kontaktgruppen und EU-3-Verhandlungen <i>Ursula Sedlaczek</i>	7
SEBASTIAN WADLE, CORINA SCHUKRAFT: Die Peace Facility for Africa – Europas Antwort auf die Krisen in Afrika? <i>Ursula Sedlaczek</i>	8
HANS DIETER HAAS: Heißhungriger Drache <i>Thomas Pankratz</i>	10
MICHAEL QUINLAN: India-Pakistan Deterrence Revisited <i>Bernhard M. F. Beitelmaier</i>	11

Josef Braml:

Atlantische Auswirkungen amerikanischer Heimatschutzpolitik

SWP-Studie S 30, Oktober 2005

Als eine der unmittelbaren Folgen des 11. September 2001 wurde bereits im Jahr 2002 das U.S. Department of Homeland Security (DHS) geschaffen. In dieser Behörde hat man eine Vielzahl von Einheiten aus anderen Ministerien integriert und zwei Dutzend Bundesbehörden zusammengefasst.

Das DHS unter der Führung von Michael Chertoff hat rund 180 000 Bedienstete und verfügt über ein jährliches Budget von etwa 40 Milliarden US-Dollar. In Fragen der Inneren Sicherheit ist das DHS auf horizontaler Regierungsebene bei der Zusammenarbeit mit anderen Ministerien federführend. Zudem ist es bei der vertikalen Koordination zentrale Ansprechstelle der Behörden auf bundesstaatlicher und lokaler Ebene.

Viele vom DHS gesetzte Maßnahmen, insbesondere auf dem Gebiet der Grenz- und Transportsicherheit, hatten massive Beschränkungen des Personen- und Warenverkehrs zur Folge, was zum Teil massive Irritationen im transatlantischen und innereuropäischen Verhältnis auslöste.

Nach einer Analyse von vier konkreten Heimatschutzmaßnahmen (Container-Security-Initiative, Einreise- und Aufenthaltsbestimmungen für Studenten, Monitoring von Geschäftsreisenden und Touristen sowie systematische Flugreiseüberwachung) geht Josef Braml von der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin in dieser Studie der Frage nach, welche Konsequenzen sich aus der auch in den USA nicht unumstrittenen Neuausrichtung der Inneren Sicherheit der USA für Europa ergeben.

Grundsätzliches Ergebnis ist, dass die meisten europäischen Staaten den US-amerikanischen Sicherheitsbedürfnissen Tribut zollen und die eigenen Sicherheitsmaßnahmen an diejenigen der USA anpassen. Zur gleichen Zeit wird jedoch auch massiv Kritik an den Einschränkungen der Reisefreiheit, an der

Handhabung des Datenschutzes und an Verzerrungen des wirtschaftlichen Wettbewerbs geübt.

Die Studie schließt mit einigen konkreten Empfehlungen für die europäische Politik. So wird empfohlen, in multilateralen Foren international gültige Technologie- und Sicherheitsstandards zu entwickeln. Aus diesem Grund sollte sich die EU auch bemühen, gemeinsam mit den USA andere Staaten für die Beachtung der Schiff- und Hafensicherheitsstandards der internationalen Seeschiffahrtsorganisation zu gewinnen. Ebenfalls sollten die bislang bilateralen Datenschutzregelungen für den Flugverkehr zwischen der EU und den USA einer multilateralen Lösung zugeführt werden. Und letztlich sollte im transatlantischen Verbund ein internationales kompatibles System zur Erfassung biometrischer Daten entwickelt werden.

Bramls Analyse gibt in kurzer und kompakter Weise einen guten Ein- und Überblick in das System der US-amerikanischen Heimatschutzpolitik und verweist auf das Spannungsfeld, das sich hieraus für die transatlantischen Beziehungen ergibt.

Diese Spannungen sind jedoch nicht nur, wie sich aus der Studie ableiten lassen kann, auf die US-amerikanische Politik zurückzuführen, sondern auch auf die (Nicht-)Politik vieler europäischer Staaten auf dem Gebiet der Homeland Security. Dieser Faktor wird in der vorliegenden Analyse zuwenig beachtet.

Thomas Pankratz

Guido Steinberg:

Terror – Europas internes Problem

Muslime aus der europäischen Diaspora haben sich die Ziele von Al-Quaida zu Eigen gemacht. Sie agieren unabhängig

Internationale Politik, Jg. 60, Nr. 11 (November 2005), S. 14–21

Guido Steinberg, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsgruppe Naher Osten und Afrika der Stiftung Wissenschaft und Politik, analysiert in diesem Artikel den Wandel der Al-Quaida nach den Angriffen der Antiterrorkoalition gegen Afghanistan im Oktober 2001.

Nach dem Verlust der quasi-staatlichen Unterstützung zerfiel auch die Organisation, die Osama Bin Laden und der Ägypter Aiman az-Zawahiri aufgebaut hatten. In den folgenden Monaten verlor die Al-Quaida-Führung zunehmend die Fähigkeit, die Aktivitäten der Terroristen zu planen und zu koordinieren.

Nach der Zerschlagung der Al-Quaida traten Gruppen auf den Plan, die bisher zum näheren Umfeld gehörten und dann vermehrt eigenständig operierten. Steinberg analysiert drei Entwicklungstendenzen: Erstens eine Dezentralisierung von Al-Quaida, die mit einer Regionalisierung einherging. Dabei wurde erkennbar, dass Gruppen von heimgekehrten Afghanistan-Veteranen, die sich trotz des Anschlusses an Al-Quaida eigene logistische Fähigkeiten bewahrt hatten, in ihren Heimatländern terroristische Anschläge verübten. Zweitens entstanden neue terroristische Netzwerke, die nur lose Verbindungen zu Al-Quaida hatten. Als Beispiele werden hier die Gruppe des jordanischen Terroristen Abu Musab az-Zarquawi und die kurdisch-arabische Organisation Ansar al-Islam angeführt. Drittens wandelte sich Al-Quaida zu einer ideologischen Leitstelle, wobei die Führungsspitze nach 2001 immer weniger in konkrete Anschlagplanungen eingebunden war, jedoch die von ihr verbreitete Ideologie an Bedeutung gewann. Steinberg vergleicht die Strategie dieser Netzwerke mit jener, die der amerikanische Rechtsextremist Louis Beam einmal „führerlosen Widerstand“ nannte.

Weiters ist zu beobachten, dass sich vor allem Muslime der europäischen Diaspora die Entwicklung Al-Quaidas von einer Organisation zu einer ideologischen Leitstelle zu Eigen machten.

Steinberg analysiert diese Thesen vor dem Hintergrund der Anschläge von New York, Madrid und London sowie des Mordanschlages auf Theo van Gogh. Die Anschläge von New York waren ursprünglich mit einer Mehrheit von Attentätern aus Saudi-Arabien geplant, es war aber nicht möglich, geeignete Kandidaten zu finden, und so wären diese Anschläge ohne jene in Deutschland lebenden Studenten nicht möglich gewesen. Bei den Anschlägen von Madrid waren die meisten Attentäter Marokkaner, die seit einigen Jahren in Spanien lebten. Beim Attentat auf den niederländischen Filmemacher Theo van Gogh waren die Täter entweder in den Niederlanden beziehungsweise Großbritannien geboren oder hatten seit ihrer Geburt dort gelebt. Mit diesen Ereignissen wurde der islamische Terrorismus endgültig zu einem internen Problem Europas.

Der Autor verweist abschließend auf die Dimension der „Irak-Rückkehrer“, da alle in dem vorliegenden Artikel genannten Anschläge einen starken Irak-Bezug aufwiesen und die Fortsetzung der Kämpfe Auswirkungen auf die Sicherheitslage in Europa haben wird. Deshalb bleibt die Gefahr von Terroranschlägen in Europa auch in den kommenden Jahren hoch, vor allem in jenen Ländern, die Truppen im Irak stationiert haben.

Wenn auch die Anzahl europäischer Muslime, die im Irak kämpfen, eher als gering eingeschätzt wird, kann jeder kampferprobte Rückkehrer aus dem Irak zu einem Nukleus einer neuen Terrorzelle werden, wenn es ihm gelingt, neue Rekruten zu werben und sie in terroristischen Taktiken zu schulen.

Bernhard Richter

Christoph Schwegmann:

Kontaktgruppen und EU-3-Verhandlungen

Notwendige Flexibilisierung Europäischer Außenpolitik

SWP-Aktuell, Nr. 62, Dezember 2005

Christoph Schwegmann, vergangene Legislaturperiode wissenschaftlicher Mitarbeiter des Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses im Deutschen Bundestag, beschäftigt sich in seinem Artikel mit dem Instrument der Kontaktgruppen in der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik.

Diese Kontaktgruppen bestehen aus einzelnen Mitgliedsstaaten; etwa in den Verhandlungen über den künftigen Status des Kosovo besteht sie europäischerseits aus Frankreich, Großbritannien, Deutschland und Italien, dabei sind auch die USA und Russland, bei den Atomverhandlungen mit dem Iran besteht sie hingegen aus den „EU-3“ Deutschland, Großbritannien und Frankreich (in Abstimmung mit Russland und den USA).

Nicht immer herrscht in der Union Einigkeit darüber, welcher Staat in eine solche Kontaktgruppe einberufen werden sollte. Im Falle der Bosnien-Verhandlungen wollten zum Beispiel die Niederlande mit dem eigentlich zwingenden Argument, dass sie neben Frankreich und Großbritannien die meisten UN-Soldaten in diesem Gebiet stellen, ebenfalls in der Verhandlungsgruppe teilnehmen. Auch Spanien zeigte großes Interesse an der Teilnahme, konnte sich jedoch nicht durchsetzen. Bezüglich der Verhandlungsführung durch die EU-3 in den Iran-Gesprächen gab es Vorbehalte von belgischer und tschechischer Seite.

Es zeigt sich das Unbehagen kleinerer Staaten in der Union, durch die „Großen und Mächtigen“ vertreten zu werden. Direktorate werden abgelehnt und für überflüssig erklärt. Ist dieses Unbehagen berechtigt? Festzuhalten ist nach Schwegmann, dass die Kontaktgruppen nur unter ganz bestimmten Umständen und in speziellen außenpolitischen Agenden der EU eingesetzt werden können, deshalb gibt es für den Autor gewisse Grundvoraussetzungen für das Zustandekommen solcher Kontaktgruppen:

- eine permanente Verhandlungssituation, in der externe Akteure auf EU-Ebene Partner zur Seite haben, die politisches Gewicht in der EU repräsentieren,
- ein gemeinsames Problem- und Zielbewusstsein auch hinsichtlich einer funktionierenden Zusammenarbeit auf EU-Ebene und
- die Erkenntnis, dass nur ein geschlossenes Auftreten der EU in den Verhandlungen effektiv sein kann.

Der informelle Charakter der Gruppen muss gewährleistet sein. Bewertet wird für die Teilnahme eine Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat, in der EU, in der NATO, in internationalen Konferenzen und in den G-8, um auch die Fähigkeit zu repräsentieren, Lösungen in internationalen Institutionen durchsetzen zu können.

Als gelungenes Beispiel gelten hier die ausgearbeiteten Friedenspläne der Kontaktgruppe für Bosnien und später der für das Kosovo.

Hinsichtlich der Iran-Verhandlungen besteht keine förmliche Kontaktgruppe, jedoch zeigt sich, dass zum Beispiel die USA die Tätigkeit der EU-3 unterstützen, da sie selbst keine direkten Kontakte zu der iranischen Regierung besitzen. Auch eine Abstimmung in den Verhandlungen mit Russland ist aufgrund seines permanenten UN-Sicherheitsratssitzes und seines Sitzes im Gouverneursrat der Internationalen Atomenergiebehörde förderlich, ebenso die Tatsache, dass Russland ein wichtiger Partner des Irans in der Entwicklung des zivilen Atomprogramms ist. Bei den Verhandlungen mit dem Iran ist auch das Ratssekretariat mit Javier Solana vertreten.

Die Einbeziehung der EU-Kommission verstärkt für die restlichen Mitgliedsstaaten der EU die Legitimität und Transparenz.

Durch die Tätigkeit der EU-3 soll eine Koordination der Verhandlungsaktionen erfolgen, ein positives Resultat ergibt sich, wenn Resolutionstexte der UNO oder der IAEO auf Ergebnisse der Kontaktgruppen Bezug nehmen.

Nach Darstellung des Autors können in den Verhandlungsgruppen nicht teilnehmende oder kleinere Staaten sehr wohl über die Institution des Europäischen Rates ihre Ansichten und Positionen darlegen, die dann

vom Hohen Repräsentanten für die Außenpolitik der EU und so auch von den großen EU-Staaten vertreten werden müssen. Ebenso besteht aktive Handlungsmöglichkeit, wenn die getroffenen Vereinbarungen implementiert werden.

Ein Beispiel für die Einbeziehung „kleinerer Staaten“, in diesem Falle Polens und Litauens, waren die Verhandlungen mit der Opposition und der Regierung in der Ukraine während der „Orangen-Revolution“ im Herbst 2004.

Unter diesen Gesichtspunkten erscheinen die Kontaktgruppen und ähnliche Verhandlungsgruppen als ein absolut wichtiges Instrument der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik.

Kleine Staaten besitzen oft ein großes Potenzial an politischem Know-how und Verhandlungsgeschick, größere, einflussreichere Staaten die verstärkte Durchsetzungs- und Implementierungsposition.

Ziel innerhalb der EU sollte sein, diese unterschiedlichen Fähigkeiten und Möglichkeiten der Mitgliedsstaaten zu erkennen sowie gezielt und damit effektiv einzusetzen. Allerdings: Je größer und überdehnter eine Organisation wird, desto schwieriger wird es sein, gemeinsame Zielsetzungen und Akzeptanzen zu erreichen.

Ursula Sedlaczek

Sebastian Wadle, Corina Schukraft:

Die Peace Facility for Africa – Europas Antwort auf die Krisen in Afrika?

Internationale Politik und Gesellschaft, Heft 4/2005, S. 99–119

Europa erkennt den Handlungsbedarf auf dem afrikanischen Kontinent, alleine im Jahr 2000 waren mehr als die Hälfte der afrikanischen Staaten in Gewaltkonflikte involviert. Mit Hilfe der im April 2004 beschlossenen „Peace Facility for Africa“ stellt die EU der Afrikanischen Union (AU) Finanzmittel zur Durchführung von Friedensmissionen zur Verfügung, um damit die Entwicklung einer afrikanischen Sicherheitsstruktur zu unterstützen. Diese Peace Facility stellt ein Instrument der in der Europäischen Sicherheitsstrategie festgelegten Konfliktprävention und Krisenbegrenzung in den Außenbeziehungen der EU dar. Destabilisierte afrikanische Staaten können für Europa ein großes Konfliktpotenzial werden – angefangen von Migrationströmungen bis hin zu Keimzellen für terroristische Aktivitäten. Dessen wird man sich in Europa immer mehr bewusst.

Nun gibt es seit längerer Zeit eine strukturierte und gute Zusammenarbeit (Europäischer Entwicklungsfond, Euro-Mediterrane Partnerschaft ...) mit afrikanischen Staaten, allerdings stellt die Peace Facility eine Neuerung dar, indem erstmals genuin afrikanische Friedensmissionen unterstützt werden sollen. Damit wird Afrika endlich eine hohe Priorität in der europäischen Konfliktpräventionspolitik zuerkannt. Durch die Peace Facility findet eine Verknüpfung von Sicherheits- und Entwicklungspolitik statt, Regionalorganisationen wie ECOWAS oder SADC sollen eigenständig und eigenverantwortlich versuchen, Krisen und Konflikte zu bewältigen.

Vorgesehen sind bis 2007 rund 250 Millionen Euro (zur Verfügung gestellt aus dem Europäischen Entwicklungsfond) für zivile Zwecke wie medizinische Versorgung, Kommunikation, Transport oder Logistik. Für eine Aktivierung der Peace Facility bedarf es einer Anfrage der AU an die Europäische Kommission, die ihrerseits einen Finanzierungsplan dem EEF-Komitee und dem Ministerrat vorlegen muss. Voraussetzung ist die Zustimmung der Außenminister. Wenn die Zustim-

mung erfolgt, werden die Mittel vom Amt für Zusammenarbeit (EuropeAid) zur Verfügung gestellt. Die Befürchtungen, dass dieser Prozess zu lange Zeit in Anspruch nehmen könnte, wurde im Fall des Sudans (AU-Mission AMIS) widerlegt. Zwischen dem Vorschlag der EU-Kommission und dem Ratsbeschluss, weitere Finanzmittel zu geben, lagen nur 3 Tage. Derzeit werden noch die ECOWAS-Mission in der Zentralafrikanischen Republik und der Aufbau einer Friedens- und Sicherheitsabteilung der AU in Addis Abeba unterstützt. Bisher wurden die Mittel aus dem Europäischen Entwicklungsfond bereitgestellt, dadurch entstand für einige Kritiker eine zu starke Verwischung der Grenzen zwischen sicherheitspolitischen und entwicklungspolitischen Aufgaben. Gelöst wurde das Problem, indem ein neues Stabilitätsinstrument geschaffen wurde.

Nach Ansicht der Autoren der Friedrich Ebert-Stiftung kam es unter anderem zu einer neuen Qualität der Zusammenarbeit, weil in der AU der EU nunmehr ein wirklich effizienter und handlungsfähiger Partner zur Verfügung steht. Unterstützt werden aber nicht nur Friedensmissionen, auch können als letztes Mittel, UN-Mandat vorausgesetzt, friedens erzwingende Operationen mit militärischen Zwangsmaßnahmen beschlossen werden.

Gewisse Probleme in der Zusammenarbeit zeigen sich aber sehr rasch. Die finanzielle Unterstützung erweist sich als ungenügend, weil viele Missionen, da mittel bis langfristig konzipiert, das Budget sehr schnell übersteigen, Gleiches gilt für die Einsatz-Kapazitäten. Weiters hat die AU damit Schwierigkeiten, schnell und im erforderlichen Umfang Truppen zu entsenden. Die Europäer bieten mit Lufttransporten und zivil-militärischen Aktionen Unterstützung. Seitens der AU ist der Aufbau einer eigenen schnellen Eingreiftruppe (African-Standby-Force – ASF) geplant, doch auch dieses Projekt wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen, da Erfahrungswerte erst gesammelt werden müssen. Vorteilhaft wäre auch eine verstärkte koordinierte Zusammenarbeit zwischen AU, EU, NATO und UN. Als gelungenes Beispiel gilt hier das Joint Coordination Committee (JCC) zwischen EU und AU.

Neben den nötigen finanziellen und militärischen Mitteln ist nach Meinung der Autoren besonders auch der gemeinsame politische Wille

innerhalb der AU-Mitgliedsstaaten notwendig. Als herausragende Staaten mit gewissen Führungsbestrebungen gelten Nigeria und Südafrika. Dass bei diesen Staaten auch nationale Interessen eine Rolle spielen, erscheint klar. Es muss also zuerst eine Einigung über das „ob“ und „wie“ einer Aktion stattfinden. Das „ob“ hängt von der politischen Willensbildung ab (hier sollte die Zusammenarbeit zwischen AU und EU ebenso verstärkt werden), das „wie“ kann durch die Peace Facility seitens der EU aktiv mitgestaltet werden.

Die EU handelt in Afrika immer konkreter und gezielter. Als geglücktes Beispiel wird die Operation Artemis als EU-Mission auf Basis eines UN-Mandates im Sinne des Battlegroups-Konzeptes hervorgehoben, die auch eine Beschleunigung in der Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik bedeutet. Eine operative Beteiligung der EU bietet auch eine Möglichkeit zur Einsatz- und Mitgestaltungsmöglichkeit und zur Verfolgung eigener sicherheitspolitischer Zielsetzungen, selbstverständlich in Absprache mit der AU. Die Autoren sprechen dabei von einer „Hintertürdiplomatie“, einer „direkt-indirekten“ Afrikapolitik und einem Ownership-plus-Ansatz.

Der Aufsatz lässt erkennen, dass seitens der EU der politische Wille zu einer aktiveren und vertieften Afrikapolitik besteht – unter dem Gesichtspunkt, die eigenen sicherheitspolitischen Interessen zu wahren. Die Peace Facility kann als Instrument dazu einen wertvollen Beitrag leisten. Ungeachtet dessen müssen aber den Absichtserklärungen auch tatsächlich Aktionen und Taten folgen. Eine davon wäre die Anhebung der finanziellen und operativen Mittel. Dieses bedarf aber einer wirklich detaillierten und konkreten Konzeption mit genau definierten Aufgabenbereichen, wie sie schon mit den Battlegroups und Ad-hoc-Operationen geplant ist, ebenso notwendig erscheinen eine verstärkte Zusammenarbeit der Militärstäbe von EU und AU und ein Ausbau des gemeinsamen Informationsaustausches.

Grundvoraussetzung ist Einigkeit im politischen Willen, innerhalb der EU und der AU zu handeln. Sind diese Voraussetzungen gegeben, scheint einer aktiven und für den afrikanischen Kontinent unterstützenden Afrikapolitik der EU nichts im Wege zu stehen.

Ursula Sedlacek

Hans Dieter Haas:

Heißhungriger Drache

Bild der Wissenschaft, Heft 11/2005, S. 73–77

Obwohl China bislang nur zu etwa vier Prozent zur globalen Wirtschaftsleistung beiträgt, boomt dessen Wirtschaft regelrecht. So expandierte beispielsweise der Industriesektor in den Jahren 2003 und 2004 um jeweils etwa fünfzehn Prozent.

Die Folge dieses rasanten, aber unausgeglichene und nicht koordinierten Wachstums sind nicht nur massive ökologische Probleme, sondern auch ein regelrechter Heißhunger nach Rohstoffen: So verbraucht die chinesische Wirtschaft etwa 50 Prozent der Weltproduktion an Zement, 30 Prozent der geförderten Eisenerze und 18 Prozent des Weltvorrates an Kautschuk. Besonders markant ist diese enorme Nachfrage bei Energierohstoffen: 31 Prozent der Kohle und zehn Prozent des Erdöls werden zurzeit von China verbraucht. Insgesamt liegt China mit 14 Prozent des Weltenergieverbrauches nach den USA an zweiter Stelle.

Verschiedenen Berechnungen nach stieg dieser Verbrauch zwischen 2002 und 2005 um jeweils rund fünfzehn Prozent. Somit wird in China mittlerweile soviel Energie verbraucht wie in allen 25 Mitgliedsstaaten der EU zusammen. Bis 2030 dürfte sich die Nachfrage nach Erdöl im Vergleich zu 2003 verdreifachen. Die internationale Energiebehörde hat errechnet, dass China im Jahr 2020 einen täglichen Bedarf von mehr als 1,4 Millionen Tonnen Erdöl haben dürfte; dies ist mehr als die tägliche Produktionsleistung Saudi-Arabiens.

Die chinesische Regierung versucht, durch verschiedenste Maßnahmen dieser Energienachfrage Rechnung zu tragen: Zum einen im Inland, wo in den kommenden fünf Jahren mehr als 100 Millionen Dollar in den Bau neuer Elektrizitätskraftwerke investiert werden sollen; jährlich sollen zudem zwei Atomkraftwerke fertiggestellt werden.

Zum anderen aber durch die Sicherung von Rohstoffen im Ausland durch Auslandsinvestitionen in bisher noch kaum beziehungsweise gar nicht erschlossenen Rohstoffmärkten. Häufig werden Entwicklungsländern hierfür auch Kompensationsge-

schäfte angeboten, wodurch China indirekt einen Beitrag zur Wirtschaftsentwicklung vieler ärmerer Staaten leistet, was auch zu einem positiven entwicklungspolitischen Image Pekings beiträgt. Diese Auslandsinvestitionen sind rund um den Globus zu finden; an erster Stelle steht zurzeit Brasilien, wo in den nächsten drei Jahren bis zu fünf Milliarden Dollar investiert werden sollen. Neben dem Iran, Pakistan, Kasachstan, Indonesien, Australien, um nur einige weitere Staaten zu nennen, ist China auch in Afrika präsent. Der Handel mit verschiedenen Staaten dieses Kontinents hat sich in den letzten zehn Jahren versechsfacht.

Der Wirtschaftsgeograf Hans-Dieter Haas von der Universität München betont abschließend, dass das chinesische Wirtschaftswunder spätestens seit 2004 deutliche Spuren in der Weltrohstoffwirtschaft hinterlässt. Es ist Zeit, dass die westlichen Staaten beginnen, sich Gedanken über die Verfügbarkeit von Rohstoffen zu machen und die Rohstoff-Sicherung zu thematisieren.

Der lesenswerte und sehr faktenreiche Beitrag ist eine gute Gesamtdarstellung des chinesischen Heißhunger nach Rohstoffen, und er ist auch ein gutes Beispiel dafür, dass sich der Blick in populärwissenschaftliche Publikationen lohnen kann.

Thomas Pankratz

Michael Quinlan:

India–Pakistan Deterrence Revisited

Survival, Band 47, Nr. 3 (Herbst 2005), S. 103–116

Michael Quinlan ist Consulting Senior Fellow im South Asia Programme des International Institute for Strategic Studies. Die meiste Zeit seiner Karriere im britischen Civil Service widmete er sich der Sicherheitspolitik, vor allem Nuklearwaffen-Programmen und Nukleardoktrinen. Er war Permanent Under-Secretary of State for Defence 1988–92 und Direktor der Ditchley Foundation 1992–99.

Dieser Beitrag ist die Fortsetzung einer Studie aus dem Jahr 2000, in der Quinlan eine Risikobewertung der Nuklear-Waffenarsenale Indiens und Pakistans versuchte. Fünf Jahre nach dieser ersten Einschätzung zieht der Autor jetzt Resümee.

Nach einer kurzen Rückschau auf die Ereignisse seit 1999 arbeitet Quinlan die seiner Ansicht nach entscheidenden Faktoren heraus, die seit 2003 zu einer merklichen Entspannung zwischen den beiden Staaten geführt haben: die Einsicht Indiens, dass ein möglicher „failed state“ mit Atomwaffen an seiner Westgrenze seinen eigenen Interessen abträglich ist, und die fehlende Bereitschaft der USA vor allem nach dem 11. September 2001, sich zwischen den beiden südasiatischen Ländern zu entscheiden oder gar eine Konfrontation zwischen ihnen zu dulden.

In Kaschmir hat sich die Situation entspannt, doch stellt die Zukunft dieses indischen Bundesstaates weiterhin den zentralen Zankapfel dar, denn Indien beharrt auf dem Status quo, von dem aber höchstes Konfliktpotenzial ausgeht.

Des Weiteren skizziert Quinlan die Entwicklung im Bereich der Konzepte für einen Einsatz von Atomwaffen, die sich nun den westlichen Standards annähern. Dabei weist er auf die gewachsene Einsicht auf beiden Seiten nach der Kargil-Krise hin, dass nämlich wegen des nuklearen Beinahe-Gleichgewichts trotzdem kein größerer Spielraum für konventionelle militärische Operationen entstanden ist – somit hat der Besitz von A-Waffen die Region sogar etwas stabilisiert.

Auch der so genannte „China-Faktor“, das heißt China als Hauptgrund für Indiens Atomrüstung, hat sich nach Meinung des Autors in den letzten Jahren relativiert.

Der momentane Stand der Doktrinbildung auf der strategischen Ebene beruht auf dem Verzicht Indiens auf den Erstschlag, es sei denn, der Gegner verwendet B- und C-Waffen. Pakistan hingegen hat sich offiziell noch nicht festgelegt.

Die Fortentwicklung der Bewaffnung verläuft langsamer als erwartet und lässt sich nicht mit dem Kalten Krieg vergleichen. Auf weitere nukleare Tests wurde verzichtet, und sie werden auch in Zukunft nicht erwartet. Die Trägermittel sind immer noch recht bescheiden, das heißt vor allem flugzeuggestützt, beide Staaten entwickeln jedoch landgestützte ballistische Raketen, und Indien plant weiters, eine unterwassergestützte Komponente zu beschaffen sowie eine begrenzte Ballistic Missile Defence (BMD)-Kapazität aufzubauen, die aber den Rüstungswettlauf anheizen könnte.

Vertrauensbildende Maßnahmen auf beiden Seiten gehen bis in die achtziger Jahre zurück; man vereinbarte, nicht auf die Atomanlagen des anderen zu zielen, die Einrichtung von verlässlichen Kommunikationskanälen bei Krisen sowie die Ankündigung von Manövern und Raketentests. Diese Maßnahmen, die oft nur deklaratorischen Charakter hatten, wurden mit Leben erfüllt und ausgeweitet.

Die Stabilität durch Abschreckung in der Region ist heute größer als vor fünf Jahren und noch weiter ausbaufähig.

Im Bereich der Non-Proliferation gibt es noch einige Defizite, vor allem auf der Seite Pakistans, wie der Fall A.Q. Khans beweist (verbotene Weitergabe von nuklearem Know-how), die nuklearen Einrichtungen sind nach Meinung des Autors aber trotzdem sicher.

Quinlans Beurteilung der Lage ist meiner Ansicht nach etwas zu optimistisch, da sie auf der Hoffnung eines dauerhaften Gleichgewichts beruht, das aber mit der sich ändernden Interessenlage einer künftigen Großmacht Indien nicht zu vereinbaren ist.

Bernhard M. F. Beitelmaier